

**Kommuniqué**  
**der 22. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission**  
**für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen**  
**vom 22. - 24. Mai 2017**  
**in Bayreuth**

Die Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen (im Weiteren: Kommission) wurde auf deutscher Seite durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Herrn Hartmut Koschyk, MdB, und auf russischer Seite durch den Leiter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten (FADN), Herrn Igor W. Barinow, geleitet.

1. Die Kommission besprach die von der deutschen und der russischen Seite in 2016 erbrachte Arbeit und bewertete die von beiden Seiten durchgeführten Fördermaßnahmen für die Russlanddeutschen im Jahr 2016 als positiv.

Die Kommission stellte fest, dass die Maßnahmen in den Bereichen Kultur, Jugend- und Spracharbeit, zur Unterstützung der Arbeit der Begegnungsstätten der Russlanddeutschen (in der Terminologie der russischen Seite „ethnokulturellen Zentren der Russlanddeutschen“), der Unterstützung der Fortbildung russlanddeutscher Führungs- und Fachkräfte und von Partnerschaftsprojekten die ethnokulturelle Entwicklung der Russlanddeutschen noch mehr gefestigt hat. So wurden die Voraussetzungen verbessert, auf deren Grundlage die Russlanddeutschen ihre ethnokulturellen Anliegen in der Russischen Föderation realisieren. Damit wurde der Konsolidierungsprozess der Selbstorganisation der Russlanddeutschen zusätzlich gestärkt.

Beide Seiten bekräftigten ihre gemeinsame Verantwortung für die Weiterentwicklung der ethnokulturellen Identität der Russlanddeutschen.

Die Kommission konstatierte, dass das fortgeführte konstruktive Zusammenwirken in Fragen der Unterstützung der ethno-kulturellen Identität der Russlanddeutschen einen wichtigen Beitrag zur Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten leistet. Eine Erweiterung des Spektrums der Tätigkeit der Kommission eröffnet neue Möglichkeiten für die russisch-deutsche Zusammenarbeit, für die Entwicklung der Volksdiplomatie und der Zivilgesellschaften beider Länder sowie für die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter Stützung auf die kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Kommission nahm die Informationen beider Seiten zur Kenntnis, wonach im Jahr 2016 folgende Mittel zur Verfügung gestellt worden sind:

Bundesrepublik Deutschland:

insgesamt 9.477.043,00 EUR, davon aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern 8.611.194,00 EUR und aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes 865.849,00 EUR.

Die deutsche Seite trug vor, dass das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland (BMI) im Jahr 2016 für die Förderung der Russlanddeutschen Mittel in Höhe rund 8,61 Mio. EUR (8.611.194,00 EUR) bereit gestellt hat. In dem Förderbetrag für ethnokulturelle Maßnahmen sind 200.000,00 EUR für die Verwaltung des Deutsch-Russischen Hauses in Moskau enthalten. Zudem sind darin 260.750,00 EUR für Partnerschaftsmaßnahmen des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur (IVDK), des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland e.V. (JSDR) und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (LmDR) enthalten. Eine Liste der in 2016 verwirklichten Maßnahmen wird unter Angabe der Regionen, der Tätigkeitsschwerpunkte und der Medienprojekte beigefügt.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland (AA) stellte für die Förderung der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation im Jahr 2016 rund 866.000 EUR zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Fördermaßnahmen liegen auf dem Gebiet der Sprachförderung und Studienaufenthalte in Deutschland, Entsendung von Sprachassistenten, Jugend/Schüleraustausche, Medienförderung/-Fortbildung, Lehrmaterial und Kulturprojekte. Entsprechend einer Bitte der russischen Seite, die

während der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung dieser Kommission geäußert worden war, stellt die deutsche Seite detaillierte Informationen über die Verwendung der Projektmittel des AA für die Russlanddeutschen zur Verfügung; eine entsprechende Liste ist beigefügt.

Damit hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2016 insgesamt Mittel in Höhe von 9,5 Mio. EUR (9.477.042,66 EUR) für Projekte zugunsten der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation bereitgestellt.

#### Russische Föderation:

(im Rahmen von Haushaltsmitteln unterschiedlicher Ebene) insgesamt ein Beitrag in Höhe von 147,5 Mio. RUB, davon aus Fördermitteln des Präsidenten ein Betrag in Höhe von 8,5 Mio. RUB

Die russische Seite berichtete, dass im Jahre 2016 die Mittel für die Unterstützung der russlanddeutschen Organisationen in der Russischen Föderation aus dem föderalen Haushalt stammten, u.a. im Rahmen der Co-Finanzierung von Regionalprogrammen über das Föderale Zielprogramm "Festigung der Einheit der russischen Nation und ethnokulturelle Entwicklung der Völker Russlands", aus den Haushalten der Subjekte der Russischen Föderation, u.a. im Rahmen von Ausschreibungen zur Unterstützung von sozial orientierten gemeinnützigen Organisationen, aus Präsidentengrants sowie aus herangezogenen außerbudgetären Mitteln.

Der Präsident der FNKA der RD, G. Martens, berichtete, dass der IVDK im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse der 21. Sitzung der Regierungskommission (Omsk, 24.-25. Mai 2016) im Interesse der Russlanddeutschen und ihrer Nachbarn in 54 Regionen der RF ca. 4.500 Projekte im Bereich von Partnerschaften, ethnokultureller Arbeit, Sprach-, Sozial-, Jugend- sowie Informations- und Bildungsarbeit organisierte und durchführte.

Die Arbeit zur Ausbildung einer sozialökonomischen Basis der Selbstorganisation der Deutschen Russlands und zum Ausbau des Netzes Deutsch-Russischer Häuser als wichtiger Instrumente für die Förderung der Russlanddeutschen sei fortgesetzt worden. Auf die Zusammenarbeit der FADN mit staatlichen Stellen in den Regionen stützten sich folgende Maßnahmen:

- die praktische Arbeit des am 25. Mai 2016 gegründeten Kultur- und Geschäftszentrums „Deutsch-Russisches Haus der Russlanddeutschen“ in Omsk (gemeinsam mit der FADN und der Administration des Verwaltungsgebietes Omsk) sei organisiert worden,
- das Kultur- und Geschäftszentrum der Russlanddeutschen in Kaliningrad (10. April 2016) sei errichtet worden,
- an der Gründung des Kultur- und Geschäftszentrums „Deutsch-Russisches Haus der Russlanddeutschen“ in Kemerowo (gemeinsam mit der FADN und der Administration des Verwaltungsgebietes Kemerowo) werde gearbeitet.

Die Vorsitzende des JdR Magarita Bauer stellte die Aktivitäten ihres Verbandes mittels einer inhaltlich und konzeptionell sehr überzeugenden Präsentation vor. Der Bericht zeigte, dass die Jugendorganisation schon ein sehr hohes Niveau in ihrer Arbeit erreicht hat und ausreichend für die effektive Lösung der gestellten Aufgaben vorbereitet ist.

2. Die Kommission nahm die Informationen beider Seiten zur Kenntnis, wonach im Jahr 2017 folgende Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat für 2017  
insgesamt rund 9.500.000 EUR vorgesehen.

Die deutsche Seite informierte darüber, dass das BMI beabsichtigt, im Jahr 2017 für die Förderung der Russlanddeutschen 8,7 Mio. EUR (8.702.750,00 EUR) bereitzustellen. In den Fördermitteln für ethnokulturelle Maßnahmen werden insgesamt 214.759,00 EUR für Partnerschaftsmaßnahmen des IVDK, des JS DR und der LmDR vorgesehen.

Seitens des AA ist geplant, im Jahr 2017 Fördermittel in Höhe von rund 858.000 EUR für die Umsetzung der Maßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation einzusetzen. Die Schwerpunkte der Fördermaßnahmen für die Russlanddeutschen sind dieselben wie im Vorjahr (s.o. unter 1.).

Die Gesamtsumme des Mittelansatzes von BMI und AA wird für das Jahr 2017 somit voraussichtlich rund 9,5 Mio. EUR betragen.

Detaillierte Projektlisten der geplanten Maßnahmen des Jahres 2017 des BMI und des AA

werden als Anlagen beigelegt.

#### Die Russische Föderation hat für 2017

einen Betrag in Höhe von etwa 150 Mio. RUB vorgesehen, davon werden etwa 12 Mio. RUB im Rahmen von Fördermitteln des Präsidenten bereitgestellt.

Die russische Seite informierte darüber, dass im Jahr 2017 die Quellen für die Unterstützung der russlanddeutschen Organisationen in der Russischen Föderation der föderale Haushalt, die Haushalte der Subjekte der Russischen Föderation sowie grantbasierte Förderung sein werden.

Die Kommission nahm die Ausführungen zu den beabsichtigten Fördersummen für das Jahr 2017 zustimmend zur Kenntnis.

Beide Seiten bestätigen, dass der Internationale Verband der Deutschen Kultur, die Föderale National-Kulturelle Autonomie und der Deutsche Jugendverband die volle Verantwortung für die Planung, Ausführung und Finanzierung aller Projekte, die aus Mitteln des BMI finanziert werden, zur Unterstützung der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation tragen, so wie es im Abschlusskommuniqué der Sitzung der Kommission am 7.-8. Mai 2013 in Berlin festgelegt wurde.

Die Kommission erachtet es für wichtig, die Organisationen der Russlanddeutschen weiter zu festigen und gleichzeitig ihre Transparenz zu verstärken, ihren Verantwortungsbereich zu erweitern sowie den Prozess der Konsolidierung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen abzuschließen.

Die Kommission schätzt die Tätigkeit der Föderalen Selbstorganisation der Russlanddeutschen und der dazugehörenden Föderalen Autonomie, des Internationalen Verbands Deutscher Kultur und des Deutschen Jugendverbands sehr hoch ein und stellt fest, dass beide Seiten in der Selbstorganisation einen zuverlässigen und verantwortungsvollen Partner haben, der nicht nur die Befriedigung ethno-kultureller Bedürfnisse der russischen Bürger deutscher Nationalität fördert, sondern auch die richtige Balance zwischen ethno-kultureller und gesellschaftlicher Identität gefunden hat und einen Beitrag für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Nationalitäten

sowie die Eintracht in Russland leistet.

Die Regierungskommission bittet die deutsche Seite die Frage der Übergabe des Deutsch-Russischen Hauses in Moskau an die Selbstorganisation der Russlanddeutschen zu erörtern und auf der nächsten Sitzung das Ergebnis vorzutragen.

Im Rahmen der weiteren Umsetzung des Konzepts für die Lösung der Frage des Eigentums am Vermögen, das im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation aus den Mitteln des Haushalts der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Unterstützungsprojekte für Russlanddeutsche gebildet wurde, das bei der 12. Sitzung der Regierungskommission am 5. - 6. April 2004 verabschiedet worden ist, wird die deutsche Seite den Prozess der Übergabe des noch nicht übergebenen Vermögens und der Mittel an die Stiftung zur Unterstützung der kulturellen und sozialökonomischen Initiativen der Russlanddeutschen „Wiedergeburt“ abschließen, soweit die entsprechenden juristischen und anderen Voraussetzungen vorliegen.

Über die Ergebnisse dieser Arbeit wird die deutsche Seite bei der nächsten Sitzung der Regierungskommission berichten.

3. Die deutsche Seite führte aus, dass im Jahr 2016 dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V. (JSDR e.V.) für die Durchführung von Projekten 115.950 EUR bereitgestellt wurden. Konkret wurde dem JSDR e.V. mit der Durchführung von 15 Maßnahmen in Russland und von 14 Maßnahmen in Deutschland beauftragt. Die LmDR wurde beauftragt, sechs Maßnahmen in Deutschland durchzuführen. Die hierfür bereitgestellten Fördermittel belaufen sich auf 31.000 EUR. Dem IVDK wurden zur Durchführung von Maßnahmen 113.800 EUR zur Verfügung gestellt. Insgesamt hat das BMI somit im vergangenen Jahr zur Durchführung von Partnerschaftsmaßnahmen 260.750 EUR bereitgestellt.

Beide Seiten nahmen die Information der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des IVDK, O.K. Martens über die durchgeführten Maßnahmen zur Kenntnis.

Die deutsche Seite trug vor, dass 2017 die Fortsetzung der Partnerschaftsmaßnahmen zwischen den gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen in Russland und

in Deutschland geplant ist. Hierfür werden vom BMI voraussichtlich insgesamt 214.759 EUR Fördermittel bereitgestellt. Davon entfallen auf den JS DR e.V. 86.000 EUR, auf die LmDR 32.000 EUR und auf den IVDK 96.759 EUR.

Im Hinblick auf die positiven Erfahrungen bei der Durchführung der Partnerschaftsprojekte der LmDR mit dem IVDK im Jahr 2016 hat das BMI entschieden, solche Projekte auch 2017 zu fördern. Die LmDR hat bisher keine Projektanträge gestellt.

2016/2017 war offiziell zum Jahr des wechselseitigen Jugendaustausches zwischen Russland und Deutschland erklärt worden. Eine Reihe von Projekten aus dem Bereich „Partnerschaft“ wurde in den Gesamtkatalog der internationalen Veranstaltungen aufgenommen. 2017 werden in Fortsetzung des Vorjahres Projekte aus dem Bereich Jugendarbeit der wichtigste Vektor der Entwicklung der Partnerschaften sein, um die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen Russlands und Deutschlands zu stärken – des Jugendrings der Russlanddeutschen und des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland; sie sollen der Stärkung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen durch die Ausbildung junger Aktiver und Führungspersonen dienen. Geplant sind 14 Partnerschaftsmaßnahmen.

4. Beide Seiten nahmen den Bericht des Präsidenten der Föderalen Nationalen Kulturautonomie der Russlanddeutschen (FNKA) G. Martens zur Kenntnis, demzufolge die Arbeiten an dem Maßnahmenkonzept(-komplex) zur ethnokulturellen und sozialökonomischen Entwicklung der Russlanddeutschen auf der Grundlage und in Erfüllung des Erlasses Nr. 34 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 31.01.2016 zum Zwecke der sozialökonomischen Entwicklung der Russlanddeutschen in den Regionen und der Weiterentwicklung der deutsch-russischen Zusammenarbeit bei Fragen der Unterstützung der Russlanddeutschen abgeschlossen sind.

Der Konzeptentwurf wurde von den Beratungsgremien des IVDK und des FNKA bewilligt und wird gegenwärtig in Übereinstimmung mit dem in der Selbstorganisation üblichen demokratischen Verfahren in den regionalen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen diskutiert. Bis September dieses Jahres wird das Konzept zur Abstimmung an die bevollmächtigte staatliche Behörde der Russischen Föderation FADN sowie im Rahmen der Regierungskommission unseren deutschen Partnern übergeben.

Beide Seiten vereinbarten, dass das Konzept der Regierungskommission zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

5. Beide Seiten nahmen Informationen der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des IVDK, Fr. Olga Martens, über die 2016 durchgeführten und für 2017 geplanten deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekte zur Kenntnis, wie sie sich aus der beigefügten Anlage ergeben.

Die Kommission wies auf die Wichtigkeit der weiteren Fortführung und Erweiterung der Partnerschaften zwischen den gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen in Russland und Deutschland hin.

Unter Stützung auf Initiativen Russlanddeutscher in Russland und in Deutschland einschließlich deren Familienangehörigen, werden beide Seiten neue Formen des Zusammenwirkens suchen, die der Erhöhung der Attraktivität der Subjekte der Föderation (insbesondere der Territorien mit kompakter deutscher Bevölkerung in Russland) für Investitionen dienen soll, einschließlich auf der Grundlage von PPP Projekten.

Die Kommission erachtet als einen weiteren wichtigen Bereich die Festigung und Ausweitung der Arbeit der Kultur- und Geschäftszentren der Russlanddeutschen „Deutsche-Russische Häuser“ nicht nur im Bereich der Kultur, sondern auch in Fragen der Anbahnung von geschäftlichen Beziehungen zwischen den Unternehmen beider Länder unter Teilnahme von Russlanddeutschen und unter Berücksichtigung der Interessen der Regionen einschließlich der deutschen nationalen Rayons.

Die Kommission hat die Liste der vom IVDK vorgestellten deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekte gebilligt (s. Anlage).

6. Beide Seiten bestätigten ihr gemeinsames Verständnis darüber, dass das Protokoll von 1992 aktualisiert werden sollte, und bekräftigten ihre im Abschlusskommuniqué der 21. Sitzung der Regierungskommission (Omsk, 24.-25. Mai 2016) festgehaltene Absicht, die Arbeit am Entwurf eines neuen Regierungsabkommens zur Förderung der Russlanddeutschen fortzusetzen. Dementsprechend hat die deutsche Seite einen



neuen, interministeriell abgestimmten Entwurf erarbeitet und ihn der russischen Seite im Rahmen der letzten Sitzung der vorbereitenden Arbeitsgruppe übergeben.

Die russische Seite hat ihren interbehördlich abgestimmten Neuentwurf des Abkommens der deutschen Seite im Rahmen der 22. Sitzung der Regierungskommission übergeben.

Der russische Co-Vorsitzende stellte die wesentlichen Vorstellungen der russischen Seite für die Überarbeitung des Abkommens vor.

Beide Seiten vereinbarten, im Herbst dieses Jahres auf Arbeitsebene die Entwürfe zu beraten und in der deutsch-russischen Arbeitsgruppe einen gemeinsamen Entwurf vorzubereiten.

## **7. Stand der aktuellen Verfahren zur Anerkennung der Fördermittel aus Deutschland als technische Hilfe**

Die russische Seite berichtete darüber, dass der IVDK die Vorbereitung der notwendigen Unterlagen für deren Übergabe zur Prüfung durch die Kommission bei der Regierung der Russischen Föderation für humanitäre und technische Zusammenarbeit abgeschlossen hat. Allerdings hat bisher eine Reihe substanzieller Probleme die Verleihung des Status einer humanitär-technischen Zusammenarbeit an das Förderprogramm für die Russlanddeutschen aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland verhindert:

- fehlende Vorlage und fehlerhafte Protokolle über die in den letzten Jahren ausgeführten Arbeiten durch die deutsche Mittlerorganisation GIZ,
- die andauernde ungeordnete Situation um das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad,
- die Vorlage von unvollständigen Informationen über die projektgebundene Verwendung der durch das AA für die Belange der Russlanddeutschen zur Verfügung gestellten Mittel.

Weiterhin übte die russische Seite Kritik an der Art und Weise der Zusammenarbeit der

Mittlerorganisation GIZ mit dem IVDK und wies darauf hin, dass in einer Reihe von Fällen die GIZ Forderungen heranträgt, die als Forderungen mit politischem Charakter klassifiziert werden können und gegen das Recht der Russischen Föderation verstoßen. Die russische Seite weist darauf hin, dass eine Politisierung der gesellschaftlichen Selbstorganisation der Russlanddeutschen unzulässig ist.

Die deutsche Seite wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass gerade die deutschen Mittler die Einhaltung deutschen Haushaltsrechts sicherzustellen haben.

Beide Seiten stimmten darin überein, dass die jeweiligen nationalen Organisationen in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen alle Sanktionsmaßnahmen der Vereinten Nationen einzuhalten haben.

Die Regierungskommission hat die Bereitschaft des IVDK zur Kenntnis genommen auch weiterhin eine strenge Kontrolle darüber zu haben, dass zu den Personen und Organisationen, die von der Förderung der Russlanddeutschen profitieren, niemand aus den Sanktionslisten der UNO gehört.

Die russische Seite begrüßte die durch das AA erfolgte Übergabe detaillierter Informationen zu den Projektmitteln des AA.

Beide Seiten kamen überein, das gebotene Monitoring der Projekte zukünftig nicht mehr von der GIZ ausführen zu lassen. BMI und FADN werden gebeten zu prüfen, ob eine Beauftragung durch die deutsche Seite einer fachlich geeigneten russischen Organisation zur Kontrolle der Wirksamkeit der Umsetzung des Programms zur Förderung der Russlanddeutschen möglich ist. Die Ergebnisse einer solchen Prüfung werden der Deutschen Seite zur weiteren Prüfung und Verwendung entsprechend dem deutschen Haushaltsrecht übergeben.

Beide Seiten vereinbarten, dass die Prozesse der weiteren praktischen Zusammenarbeit bei der Umsetzung der aus den Mitteln des BMI finanzierten ethnokulturellen Projektarbeit zugunsten der Russlanddeutschen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation unter paritätischer Beteiligung von

Vertretern der bevollmächtigten staatlichen Stellen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland verlaufen sollen.

Die deutsche Seite bittet die russische Seite weiterhin um Prüfung der Anerkennung ihrer Fördermittel als technische oder humanitäre Hilfe für den Zeitraum ab 2011.

#### 8. Situation um das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass sich das Kultur- und Bildungszentrum „Deutsch-Russisches Haus in Kaliningrad“ selbst aufgelöst hat. Die Kaliningrader Regionale Gesellschaftliche Einrichtung „Gesellschaft für deutsche Kultur und Russlanddeutsche „Eintracht“ – „Soglassije“ wurde auf der Grundlage einer aktengebundenen Prüfung der Verwaltung des Justizministeriums der Russischen Föderation für das Verwaltungsgebiet Kaliningrad als „ausländischer Agent“ eingestuft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht möglich, auf ihrem Gebiet und in ihren Räumlichkeiten Maßnahmen zugunsten der Russlanddeutschen durchzuführen.

Infolge der Gespräche zwischen dem Leiter der FADN Russlands, Igor Barinow, und dem Beauftragten der Bundesregierung Deutschlands für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, wurde am 10. April 2017 im Interesse der Russlanddeutschen des Verwaltungsgebietes Kaliningrad eine neue Organisation gegründet – das „Kultur- und Geschäftszentrum der Russlanddeutschen in Kaliningrad“. Die Beteiligung folgender gesamtrussischer gesellschaftlicher Organisationen: IVDK, FNKA der RD, JdR und Stiftung der Russlanddeutschen „Wiedergeburt“ als Gründer machte es möglich, dem KGZ der RD des Verwaltungsgebietes Kaliningrad einen guten repräsentativen Status zu verleihen und es auf das föderale Niveau zu heben.

Beide Seiten werden Anstrengungen für die Übertragung der bislang als Deutsch-Russisches Haus Kaliningrad genutzten Immobilie auf den neugegründeten Träger in Übereinstimmung mit dem russischen Recht unternehmen. Der IVDK sorgt für eine möglichst breite Beteiligung der Russlanddeutschen aus dem Verwaltungsgebiet Kaliningrad in der Mitgliederstruktur der Assoziation „Kultur- und Geschäftszentrum der Russlanddeutschen in Kaliningrad“.

Zeitgleich mit der Gründung des KGZ wurden die Aktivitäten des Jugendklubs der Deutschen des Verwaltungsgebietes Kaliningrad wieder aufgenommen, eine erste

Veranstaltung fand nach langer Pause am 18.-19. Mai statt. Am 17. Mai wurde die Leitung des Rates der NKA der Deutschen des Verwaltungsgebietes Kaliningrad erneuert. Vereinbart wurde die Einbeziehung der NKA und des Jugendklubs in das Kultur- und Geschäftszentrum, das die Interessen der Russlanddeutschen des Verwaltungsgebietes Kaliningrad vertreten soll. Die Administration des Verwaltungsgebietes Kaliningrad stellte im Zentrum von Kaliningrad einen Büroraum für das Kultur- und Geschäftszentrum (mit einer Fläche von 78 m<sup>2</sup>) zur langjährigen unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung; dort sollen bis zur Klärung der Fragen bezüglich des ehemaligen DRH die gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen untergebracht werden.

Auf der ersten Sitzung des KGZ unter Beteiligung von NKA und Jugendklub wurde beschlossen, im Mai 2018 das 3. Kultur- und Geschäftsforum der Deutschen Russlands in Kaliningrad vorzubereiten und zu veranstalten. Dieser Beschluss wurde durch die Administration des Verwaltungsgebietes Kaliningrad unterstützt.

Beide Seiten begrüßen die anhaltende Verbesserung der Situation im gesellschaftlichen Bereich der Russlanddeutschen des Verwaltungsgebietes Kaliningrad und werden gemeinsam die Initiativen des KGZ unterstützen, in erster Linie bei Organisation und Durchführung des 3. Kultur- und Geschäftsforums in Kaliningrad.

#### **9. Situation um das Deutsch-Russische Haus der Verwaltungsregion Altai in Barnaul**

Die Regierungskommission nahm die Mitteilung der Administration des Altaigebiets zur Kenntnis, die vom Leiter des deutschen nationalen Rayons E. Winter vorgetragen wurde. Die weitere Entwicklung lehnt sich an das von beiden Seiten bewilligte Konzept der Kultur- und Geschäftszentren an und wird in enger Abstimmung zwischen der Administration des Altaigebiets mit FADN und dem IVDK realisiert.

#### **10. Über das 2. Kultur- und Wirtschaftsforum der Russlanddeutschen**

Die Kommission hörte den Bericht zweier Teilnehmer zum 2. Kultur- und Geschäftsforum „Made by Germans in Russia. Partnerschaft. Verantwortung. Erfolg“, Frau Elena Fischer und Anton Glockhammer.

Beide Seiten begrüßen die umgesetzten sozial verantwortlichen Initiativen der Russlanddeutschen, wie den Gesamtsibirischen Michail Werner Festivalwettbewerb für Kunst oder das auf der Basis eines wiederhergestellten Zeugnisses deutschen Kirchenbaus errichtete Kulturzentrum im Dorf Sorkino im Verwaltungsgebiet Saratow, und rufen dazu auf, sozial und sozialökonomisch ausgerichtete Projekte engagierter zu entwickeln, insbesondere in Rayons und Verwaltungsgebieten mit einer hohen Zahl ethnischer Deutscher.

Beide Seiten bringen ihre Unterstützung für Projekte zur Förderung russlanddeutscher KMU zum Ausdruck: „Start-up“-Wettbewerbe, informationstechnische Unterstützung, Schaffung der Bedingungen für einen Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der deutschen und der russischen Geschäftswelt.

Beide Seiten sind sich einig, dass die bestehenden Kultur- und Geschäftszentren „Deutsch-Russische Häuser“ unterstützt und neue errichtet werden müssen, auch als Zentren zur Förderung geschäftlicher Aktivitäten.

Beide Seiten schlagen dem BiZ-Institut vor, Bildungsprogramme für Female Leadership und für die soziale Verantwortung der Wirtschaft zu entwickeln sowie Weiterbildungskurse zu diesen Themen zu organisieren und Schulungen für die Gründung von „Start-ups“, die Arbeit mit den Behörden zwecks Einwerbung von Zuwendungen und anderen Förderungen für Kleinunternehmen unter Beteiligung von Russlanddeutschen zu veranstalten sowie den Senioren Expertenrat mit einzubeziehen.

Beide Seiten stimmten dem Vorschlag der Teilnehmer des Kultur- und Geschäftsforums zu, beim Russisch-Deutschen Forum anzuregen, eine Arbeitsgruppensitzung zum Thema KMU-Förderung am Beispiel russlanddeutscher Unternehmen durchzuführen.

Beide Seiten begrüßen die positive zehnjährige Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen beider Staaten – des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur, des Jugendrings der Russlanddeutschen und des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland sowie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland – und unterstützen die umfangreicher und stärker werdende Partnerschaft zwischen den

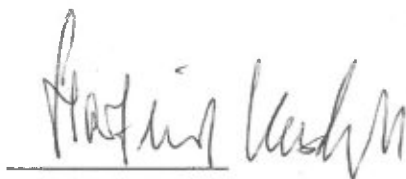
Wirtschaftsklubs der Selbstorganisation der Russlanddeutschen und dem „Unternehmerverband der Deutschen aus Russland“.

Beide Seiten kamen überein, dass die Regierungskommission aktiv an den Kultur- und Wirtschaftsforen teilnehmen wird.

Beide Seiten werden die Einbeziehung der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer (AHK), der Industrie- und Handelskammer der Russischen Föderation und der regionalen Industrie- und Handelskammern beider Staaten in die Durchführung der Kultur- und Wirtschaftsforen fördern.

**11.** Die russische Seite schlug vor, die nächste Sitzung der Kommission im Mai 2018 durchzuführen. Der Termin und der Ort werden ~~wird~~ auf Arbeitsebene abgestimmt.

Ausgefertigt am 24. Mai 2017 in Bayreuth in zwei Exemplaren (jeweils ein Exemplar in deutscher und in russischer Sprache).



Hartmut Koschyk



Igor Barinow